



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

FRAKTION KOMPAKT

Das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion

Juni - 2022

Ausgabe 5

Stark für Deutschland

Die AfD-Fraktion steht auch im 20. Deutschen Bundestag
entschlossen für Freiheit und Demokratie ein

Bildquelle: stock.adobe.com / © rumifaz



Auch als digitale Version:

www.afdbundestag.de/fraktionkompakt/

INHALT



Bildquelle: stock.adobe.com / © HNFOTO

14

SIEG GEGEN DIE IMPFPFLICHT

Der AfD-Bundestagsfraktion gelang mit dem Scheitern der allgemeinen Covid-19-Impfpflicht ein großer parlamentarischer Erfolg



Bildquelle: stock.adobe.com / © michaelheim

20

RETTET DIE ALTERSSICHERUNG!

Das deutsche Rentensystem leidet unter der schweren demografischen Krise ebenso wie unter der politischen Untätigkeit. Die AfD-Fraktion hat ein Sofortprogramm vorgelegt

3 EDITORIAL

4 KLARER KURS IN SCHWIERIGEN ZEITEN

Die AfD-Fraktion bewährt sich als notwendiges Korrektiv und Anwalt der Vernunft

7 „WIR SETZEN UNS KONSEQUENT FÜR DIE INTERESSEN DER BÜRGER EIN.“

Die Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla über die Herausforderungen der neuen Legislaturperiode und die Lehren aus den ersten vier Jahren im Bundestag

10 SCHNELLE HILFE FÜR DIE SCHWÄCHSTEN

Ein Eckpunktepapier der AfD-Fraktion zeigt Wege auf, um die sozialen Folgen der Inflation abzufedern

12 UNHEILVOLLE FAMILIEN

„Willkommenskultur“ für kriminelle Clans: Der deutsche Staat bekämpft ein Problem, das er durch unregelte Masseneinwanderung selbst erschaffen hat

16 DER UNMÖGLICHE KRIEG

Die AfD-Fraktion hat ein Positionspapier für einen nachhaltigen Frieden vorgelegt

18 DER WEG AUS DER DAUERKRISE

Die AfD-Fraktion fordert ein „Fitnessprogramm“ für die deutsche Wirtschaft, um unseren Wohlstand zu sichern

22 NACHRUF AUF PROF. DR. AXEL GEHRKE

Im Gedenken an Axel Gehrke, Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

23 NACHRUF AUF MARTIN HEBNER

Im Gedenken an Martin Hebner, Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion in der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestages

24 DIE ARBEITSKREISE DER FRAKTION

Fünfundzwanzig Arbeitskreise der AfD-Fraktion begleiten die fachlich entsprechenden Ausschüsse des Deutschen Bundestages

Jetzt abonnieren

Sie können das Magazin der AfD-Bundestagsfraktion kostenfrei abonnieren. Schicken Sie dazu eine E-Mail mit Ihrer Anschrift an: buerger@afdbundestag.de. Sie erhalten dann jede neue Ausgabe von *Fraktion Kompakt* bequem per Post in einem neutralen Umschlag.



Wir schauen der Ampel auf die Finger

Auch im 20. Deutschen Bundestag ist die AfD unübersehbar mit einer starken Fraktion vertreten. Alle Versuche der Altparteien in den vergangenen vier Jahren, unsere Fraktion zu diffamieren, verächtlich zu machen und auszugrenzen, blieben erfolglos und hinderten uns nicht, im Bundestag für Deutschland und seine Bürger einzustehen. Die Wähler haben uns aufgefordert, unsere Arbeit im Deutschen Bundestag fortzuführen. Mit neuen politischen Konzepten und zahlreichen parlamentarischen Initiativen werden wir unsere Positionen in die Debatten einbringen.

Wie wichtig es ist, dass mit der AfD-Fraktion eine starke Opposition im Bundestag vertreten ist, zeigen die ersten Monate der Ampel-Regierung. Ob die geplante Ausweitung der Einwanderung oder die Beschleunigung der für unser Land verhängnisvollen Klimapolitik: Deutschland und seinen Bürgern stehen mit der Koalition aus SPD, Grünen und FDP schwere Zeiten bevor. Hinzu kommt der Krieg in der Ukraine, die dramatische Inflation und der anhaltende Kampf gegen die Corona-Pandemie mit all den verhängnisvollen Fehlentscheidungen der politisch Verantwortlichen.

Da von den beiden anderen Oppositionsfraktionen, die der Union und die der Linkspartei, bei den entscheidenden Fragen keine grundsätzliche Kritik an der linken Bundesregierung zu erwarten ist, muss die AfD-Fraktion umso genauer hinschauen und widersprechen.

80 Abgeordnete bilden die AfD-Bundestagsfraktion in der 20. Wahlperiode des Deutschen Bundestages. Zu ihnen zählen Abgeordnete mit bundespolitischer Erfahrung und solche, die zum ersten Mal in den Bundestag gewählt wurden. Viele waren zuvor als Kommunalpolitiker oder in der Landespolitik tätig. Es sind Volksvertreter mit Berufen außerhalb der Parlamente, Frauen und Männer aus der Mitte des Volkes mit großer Verbundenheit zu ihren Heimatregionen. Anders als beim ersten Einzug der AfD in den Deutschen Bundestag steht den Mitgliedern unserer Fraktion in dieser Legislaturperiode von Anfang an ein eingespieltes Team von Mitarbeitern und Fachreferenten unterstützend zur Seite. Die AfD-Fraktion ist gut gerüstet für die Zumutungen, die die Ampel-Koalition für unser Land bereithält. Wann immer es nötig ist, werden wir deutlich unsere Stimme erheben. Darauf können sich die Bürger verlassen.

Tino Chrupalla, MdB
Fraktionsvorsitzender

Dr. Alice Weidel, MdB
Fraktionsvorsitzende

Klarer Kurs in schwierigen Zeiten

Die AfD-Fraktion bewährt sich als notwendiges Korrektiv und Anwalt der Vernunft

Krieg in der Ukraine, Inflation außer Kontrolle, ausufernde Energie-, Rohstoff- und Lebensmittelpreise, am Horizont die Gefahr eines Blackouts und einer nie dagewesenen Wirtschaftskrise – düstere Wolken hängen über dem Beginn der zwanzigsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, der zweiten mit einer starken AfD-Op-
position, die den Sorgen der Bürger eine Stimme gibt, unbequeme Themen auf die Tagesordnung setzt und gerade in Krisenzeiten Bürgerrechte engagiert und unbeirrt verteidigt.

Mit einem zweistelligen Ergebnis ist die Alternative für Deutschland wieder in den Bundestag eingezogen, allen Verleumdungen, Diffamierungskampagnen und Ausgrenzungsversuchen zum Trotz. Damit ist sichergestellt, dass auch in der zwanzigsten Legislaturperiode eine kräftige Stimme für Vernunft und Freiheit im deutschen Parlament zu hören sein wird.

Diese Stimme wird auch dringend gebraucht – gerade jetzt. Mit der Bildung einer Ampel-Koalition unter einem SPD-Bundeskanzler, mit den Grünen als ideologischen Antreibern und mit der FDP als bereitwilligem Mehrheitsbeschaffer rückt unsere Republik weiter nach links.

Die Zerstörungen, die die Corona-Politik in Gesellschaft und Wirtschaft angerichtet hat, sind noch nicht überwunden. Russlands Angriff auf die Ukraine liefert den etablierten Parteien den willkommenen Vorwand, von der eigenen Verantwortung für die Fehlentwicklungen in Deutschland abzulenken und ihre ideologischen Projekte zum Schaden unseres Landes noch vehementer voranzutreiben.

In den aufgeheizten Debatten um den Ukraine-Krieg bewährt sich die AfD-Fraktion als notwendiges Korrektiv und Anwalt der Vernunft. Sie warnt davor, dass Waffenlieferungen nicht dazu führen dürfen, dass Deutschland selbst zur Kriegspartei wird und der Konflikt zu einem dritten Weltkrieg eskaliert. Sie pocht darauf, dass die Bewahrung und Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands und der Wiederaufbau der in den vergangenen Jahrzehnten heruntergewirtschafteten und kaputtgesparten Bundeswehr Priorität haben müssen.

Realismus und ökonomische Vernunft sind auch die Leitlinie der Positionen der AfD-Fraktion in der Energie- und „Klimaschutz“-Politik. Auch ohne die Ukraine-Krise war es eine absurde Vorstellung, aus Kohle- und Atomenergie zugleich aussteigen und



igen Zeiten

ein modernes Industrieland mit Flatterstrom aus Windkraft und Solarpaneelen versorgen zu wollen. Es grenzt an ökonomischen Selbstmord, jetzt auch noch auf Erdgas zu verzichten und ein Erdölembargo gegen Russland voranzutreiben. Sanktionen, die Deutschland und Europa mehr schaden als den russischen Machthabern, finden in der AfD-Fraktion einen entschiedenen Gegner.

Die Inflation, die Millionen Bürger angesichts ausufernder Energie- und Lebensmittelpreise in Verzweiflung und Existenzängste treibt, ist eine Folge staatlicher Schulden- und Hochsteuerpolitik und der verantwortungslosen Niedrigzins- und Geldschwemmestrategie der Europäischen Zentralbank. Anders als die etablierte Politik suggeriert, ist der Ukraine-Krieg nicht der Auslöser der Preisexplosion, sondern hat sie lediglich verstärkt.

Die AfD-Fraktion hat die Inflationsgefahr früh erkannt und bereits im letzten Herbst einen konkreten Plan vorgelegt und Maßnahmen eingefordert, um die Bürger vor der Verarmung durch Preisinflation

und Geldentwertung zu schützen. Sie wird auch weiter dafür kämpfen, die Bürger mit echten und dauerhaften Steuersenkungen zu entlasten, statt sie mit fragwürdigen Strohfeuer-Umverteilungsmaßnahmen abzuspiesen, für die sie als Steuerzahler auch noch selbst aufkommen müssen.

Der größte Erfolg der AfD-Fraktion im ersten Jahr der neuen Wahlperiode ist das Scheitern aller Pläne der etablierten Parteien zur Einführung einer allgemeinen Corona-Impfpflicht. Diese wäre nicht nur



unverhältnismäßig, sondern auch ein klarer Verstoß gegen das in Artikel 2 Grundgesetz garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Auch in der Corona-Politik müssen Freiheit und bürgerliche Eigenverantwortung Vorrang vor staatlichem Zwang und Regulierungswut haben. Statt wieder Grundrechtseinschränkungen zu planen, ohne dass die Wirksamkeit der bisherigen Corona-Politik je bewiesen worden wäre, ist die Aufhebung auch der Pflege-Impfpflicht und die vollständige Rückkehr zur Normalität überfällig. Die AfD-Bundestagsfraktion wird auch hier weiter entschieden für die Bürger streiten.

Die Ampel-Regierung setzt alles daran, jene Fehlentwicklungen, die Deutschland in den Jahren der Kanzlerschaft Angela Merks immer tiefer in die Krise getrieben haben, noch zu beschleunigen und zu verstärken.

Das bedeutet: Mehr Staatsausgaben und Bevormundung der Bürger, mehr Übergewicht der Exekutive und Staatseinmischung auf allen Ebenen bis in die privatesten Lebensbereiche der Bürger, noch größere Transfers von Souveränität, Steuergeld und Volksvermögen an eine übergriffige



EU-Bürokratie, die die Entmachtung der Nationalstaaten zugunsten eines EU-Superstaats anstrebt, verschärfte ideologische Manipulation und Indoktrination unter Kampfbegriffen wie „Vielfalt“, „Antirassismus“ und „Kampf gegen rechts“, weitere Öffnung der Schleusen für Massenmigration und Armutseinzwanderung, die unsere Sozialkassen überfordert, die innere Sicherheit und den Zusammenhalt in unserem Land auf neue Zerreißproben stellt.

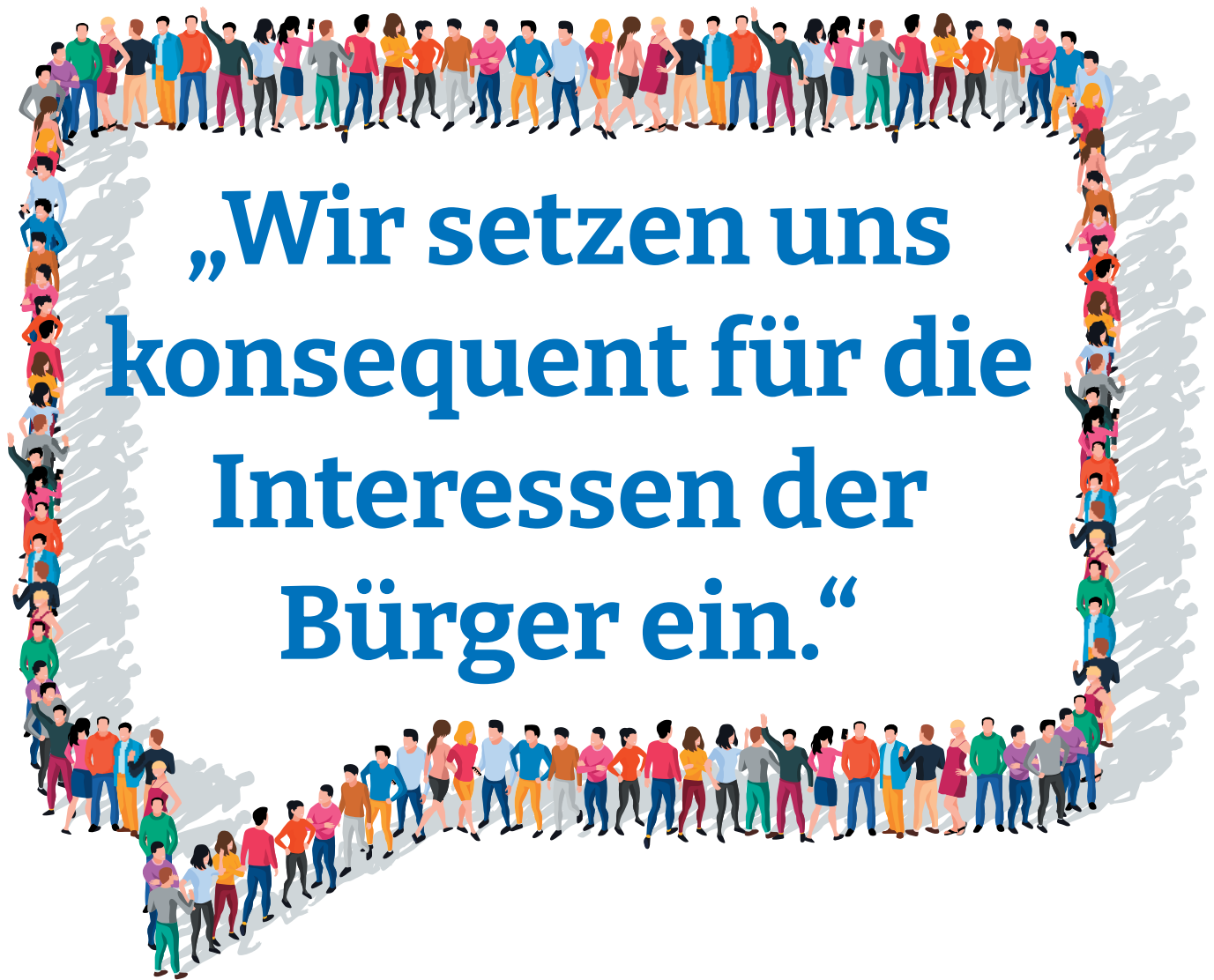
Gerade jetzt kommt es also auf die Fraktion der Alternative für Deutschland im Deutschen Bundestag an, um klar und vernehmlich die Stimme für Freiheit und Bürgerrechte zu erheben, sich Fehlentscheidungen und Falschentwicklungen entschlossen entgegenzustellen und beharrlich Wege aufzuzeigen, wie Deutschland besser regiert werden könnte.

Für diese Aufgabe ist die neue AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag gut gerüstet. Der Wiedereinzug mit

fast so vielen Abgeordneten wie in der vergangenen Wahlperiode ist ein starkes Signal. Gut ein Viertel der Fraktionsmitglieder sind neu in den Deutschen Bundestag gewählte Abgeordnete. Erfahrene Mitglieder des Bundestags, die bereits eine Legislaturperiode hinter sich haben, und neue Gesichter aus Ost und West, von denen nicht wenige schon parlamentarische Erfahrung in den Landtagen gesammelt haben, finden sich in der AfD-Fraktion zusammen, um gemeinsam Deutschland und seinen Bürgern zu dienen.

Wir haben es versprochen, wir haben es wahrgemacht: Die AfD ist in den Deutschen Bundestag gekommen, um zu bleiben. Sie können sich darauf verlassen: Die AfD-Fraktion bleibt auch in der zwanzigsten Wahlperiode des Deutschen Bundestags Ihre starke Stimme für Freiheit, Recht und bessere Alternativen zur etablierten Politik.





„Wir setzen uns konsequent für die Interessen der Bürger ein.“

Die Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel und Tino Chrupalla über die Herausforderungen der neuen Legislaturperiode und die Lehren aus den ersten vier Jahren im Bundestag

Im Fußball heißt es: Die zweite Saison nach einem Aufstieg ist die schwerste. Gilt das auch für die zweite Wahlperiode der AfD im Deutschen Bundestag?

Weidel: Nach der Pionier- und Aufbauphase, die dem Einzug in den Bundestag 2017 unmittelbar folgte, sind wir jetzt im besten Sinne im politischen Alltag angekommen. Auch als zweitstärkste Oppositionspartei schauen wir der Regierung ganz genau auf die Finger. Und dass die AfD-Fraktion auch in dieser Wahlperiode eine schlagkräftige Opposition ist, haben wir Anfang April mit dem

Aus für die allgemeine Corona-Impfpflicht unter Beweis gestellt. Unser Einsatz hat sich ausgezahlt. Durch die Entscheidung der Mehrheit des Bundestages gegen die Impfpflicht ist die Gefahr für das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit abgewehrt.

Chrupalla: Unsere entschiedene Oppositionsarbeit wirkt. Die Impfpflicht wurde mit den Stimmen der Alternative für Deutschland abgelehnt. Zusammen mit den Demonstranten auf der Straße haben wir diese Gefahr für die Freiheit und die Gesundheit abgewehrt. Das war ein Sieg für die

Demokratie und eine schwere Niederlage für Bundeskanzler Olaf Scholz und seinen Gesundheitsminister Karl Lauterbach. Darauf sind wir stolz und der Erfolg ist für uns Ansporn, auch bei anderen Themen nicht nachzulassen und nicht voreilig auf die Linie der anderen Parteien einzuschwenken. Wir setzen uns konsequent für die Interessen der Bürger ein.

Was hat sich im Vergleich zur ersten Legislaturperiode verändert?

Chrupalla: Wir haben in den vergangenen vier Jahren wichtige Erfahrungen gesammelt und unser Profil geschärft. Als wir 2017 erstmals in den Bundestag einzogen, war die Partei noch mit der Spaltung in zwei Lager beschäftigt. In der Bundestagsfraktion und im Fraktionsvorstand haben wir diese Spaltung erfolgreich überwunden und den Grundstein für die Einigung der gesamten Partei gelegt. Jetzt wollen wir diese Einigung auch im Bundesvorstand verwirklichen, um auch dort an einem Strang zu ziehen. In der neuen Wahlperiode können wir von Beginn an auf einen erfahrenen Mitarbeiterstab zurückgreifen. Dafür sind wir dankbar. Auf der anderen Seite beobachten wir, dass die Anfeindungen der anderen Fraktionen ebenso zunehmen wie die Versuche, die AfD im Bundestag auszugrenzen. Das fängt damit an, dass man uns einen Bundestagsvizepräsidenten weiterhin verweigert. Auch unsere Kandidaten für Ausschussvorsitze wurden nicht angenommen. Dadurch lassen wir uns aber nicht entmutigen.

Weidel: Dieses Verhalten der anderen Fraktionen, durch das die Wahlentscheidung von mehr als fünf Millionen Bürgern ignoriert wird, gefährdet unsere Demokratie. Dass dabei auch noch die Union gemeinsame Sache mit der Linkspartei macht, die ihre Wurzeln im DDR-Unrechtsstaat hat, ist mir völlig unverständlich. Ich glaube, vielen Anhängern von CDU und CSU ist das gar nicht so bewusst. Wenn etwa, wie am Anfang der Wahlperiode, unser Kandidat für den Vorsitz im Innenausschuss – wie hatten unseren Fraktionskollegen Martin Hess nominiert, einen erfahrenen, langjährigen Polizeibeamten – aus parteitaktischen Gründen abgelehnt und stattdessen mit Petra Pau zunächst eine altgediente SED-Genossin installiert wird, dann macht mich das fassungslos. Wir werden weiterhin unsere Rechte einfordern – auch und gerade im Interesse unserer Wähler.

Was macht die AfD-Fraktion aus, worin unterscheidet sie sich von den anderen?

Weidel: Es wird immer deutlicher: Wir sind anders als die anderen Fraktionen. Bei uns gibt es beispielsweise grundsätzlich keinen Fraktionszwang. Keinem AfD-Abgeordneten wird von der Fraktion vorgeschrieben, wie er abzustimmen hat. Der Grundsatz, dass jeder Abgeordnete nur seinem Gewissen verpflichtet ist, gilt bei uns vollumfänglich. Wir führen in unseren Fraktionssitzungen häufig lebhaft Diskussionen, ringen bei schwierigen Fragen intensiv um eine gemeinsame Position. Das ist nicht immer leicht und häufig sehr zeitintensiv, aber das macht eine lebendige Demokratie aus. Und am Ende stand bei uns bislang immer ein gutes Ergebnis.

Was sind aus Ihrer Sicht die größten Herausforderungen in dieser Wahlperiode?

Chrupalla: Derzeit natürlich der Krieg in der Ukraine. Die Kämpfe müssen so schnell wie möglich eingestellt werden, um das Leid der Menschen zu beenden. Dafür brauchen wir Verhandlungen. Ziel der Bundesregierung muss es daher sein, die bei-

“

Unsere entschiedene Oppositionsarbeit wirkt. Die Impfpflicht wurde mit den Stimmen der Alternative für Deutschland abgelehnt.

Tino Chrupalla



“

Für die Bürger sind ohne Frage die völlig außer Kontrolle geratene Inflation und die drastisch steigenden Preise die wichtigsten Themen.

Dr. Alice Weidel



den Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen, um über einen dringend notwendigen Waffenstillstand und den Beginn eines Friedensprozesses zu verhandeln. Wir sind davon überzeugt: Diplomatische Gespräche sind besser als Waffenlieferungen. Auf keinen Fall darf sich der Krieg zu einer Konfrontation Russlands mit der Nato ausweiten. Und mittelfristig werden wir mit der EU-Delegation in Brüssel zusammen Ideen für eine Friedensordnung für den Kontinent Europa ausarbeiten müssen.

Welche innenpolitischen Probleme sind für Sie am drängendsten?

Weidel: Für die Bürger sind ohne Frage die völlig außer Kontrolle geratene Inflation und die drastisch steigenden Preise die wichtigsten Themen. Diese dramatische Entwicklung trifft vor allem die Schwächsten der Gesellschaft, aber auch den deutschen Mittelstand – das Rückgrat unserer Wirtschaft. Die AfD-Fraktion hat daher bereits früh ein Papier mit geeigneten Maßnahmen vorgelegt, um die Bürger wirkungsvoll zu entlasten: Die Steuern

auf Strom, Sprit, Gas und Heizöl müssen unverzüglich und dauerhaft gesenkt, die CO₂-Abgabe und Energiesteuer abgeschafft werden. Nur so ist eine kurzfristige Entlastung der Bürger und der mittelständischen Wirtschaft möglich. Vor diesem Hintergrund ist es ein Hohn, wenn die Bundesregierung die Bürger mit Strohfeuer-Einmalzahlungen und bürokratischen befristeten Zuschüssen abspeisen will, die sie als Steuerzahler auch noch selbst finanzieren müssen. Entlastung heißt, den Bürgern mehr vom eigenen Geld in der Tasche lassen.

Chrupalla: Die Teuerungen sind nicht zuletzt die Folge der staatlichen Preistreiberei bei den Energiekosten, die durch die Sanktionspolitik gegen Russland noch weiter verschärft wird. Durch das vorläufige Aus für die Gaspipeline Nordstream 2 und das von der Bundesregierung befürwortete Ölembargo gegen Russland wird sich die Situation weiter verschärfen. Wir sollten uns lieber Ungarn zum Vorbild nehmen: Der ungarische Ministerpräsident Orbán handelt im Interesse und zum Wohle seines Landes und lehnt ein Ölembargo ab. Denn ein Embargo würde allen Europäern schaden und den Ukraine-Krieg nicht stoppen. Für mehrere Regionen im Osten Deutschlands wäre es zudem eine struktur- und sozialpolitische Katastrophe. Ein Ölembargo darf es ebenso wenig wie ein Gasembargo geben. Die gesamte Sanktionspolitik muss auf den Prüfstand.

Erwarten Sie eine Rückkehr der Corona-Politik?

Chrupalla: Das ist zu befürchten. Wir erleben bereits jetzt, dass Politiker der Ampel ganz offen über weitere Grundrechtseinschränkungen im kommenden Herbst nachdenken. Unsere Position ist klar: Wir setzen auf die Eigenverantwortlichkeit der Bürger und wir verlangen, dass die überzogenen Maßnahmen endlich ergebnisoffen evaluiert werden.

Weidel: Wir werden uns weiter gegen alle Versuche stellen, eine allgemeine Corona-Impfpflicht einzuführen. Ich bin sicher, dass die Ampel-Koalition spätestens im Herbst einen neuen Versuch starten wird. Wir werden mit allen parlamentarischen Mitteln dagegen vorgehen und gleichzeitig unseren Kampf gegen die einrichtungsbezogene Impfpflicht für Beschäftigte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen fortsetzen.

Frau Dr. Weidel, Herr Chrupalla, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Schnelle Hilfe für die Schwächsten

Ein Eckpunktepapier der AfD-Fraktion zeigt Wege auf, um die sozialen Folgen der Inflation abzufedern

Das tägliche Leben wird für viele Menschen in unserem Land zunehmend unbezahlbar. Gegenwärtig erleben wir die höchste Inflation seit 40 Jahren – Tendenz steigend. Die Inflation der Verbraucherpreise lag im April 2022 bei 7,4 Prozent. Energie- und Treibstoffpreise erreichen neue Höchststände; der Liter Benzin oder Diesel überschreitet seit Wochen die Zwei-Euro-Marke. Die Preissteigerung bei den Erzeugerpreisen ist ähnlich dramatisch: Sie erreichte im März 2022 sagenhafte 30,9 Prozent. Das ist der stärkste Anstieg seit Beginn der Erhebungen im Jahr 1949. Dies ist von entscheidender Bedeutung, denn die Erzeugerpreise gelten als wichtigster Frühindikator für die weitere Entwicklung der Verbraucherpreise. Alles deutet darauf hin, dass die Teuerung kein vorübergehendes Phänomen sein wird. Daraus erwächst erheblicher sozialpolitischer Sprengstoff.

Die Politik muss jetzt zügig handeln und die sozialen Folgen der Inflation abfedern. Die AfD-Bundestagsfraktion hat daher das bereits im Herbst 2021 beschlossene „Eckpunktepapier Inflation“ an die aktuellen Entwicklungen angepasst und ein Zehn-Punkte-Programm gegen die Inflation verabschiedet:

1. Die Null- und Negativzinspolitik der EZB sowie die Geldschöpfung aus dem Nichts müssen unverzüglich beendet werden.
2. Der steuerliche Grundfreibetrag muss sofort von 9.744 Euro auf 12.600 Euro im Jahr angehoben werden.
3. Der Regelsatz für die Grundsicherung im Alter und Hartz IV muss von der Bundesregierung umgehend überprüft und erhöht werden. Die bislang geplante Erhöhung des Regelsatzes um lediglich drei Euro wird nicht ausreichen, um die Preissteigerungen auszugleichen.
4. Die Spritkosten steigen massiv. Die Abschaffung der CO₂-Steuer und die Senkung der Mehrwertsteuer würden Treibstoffe sofort verbilligen, Bürokratie abbauen und unmittelbar den sozial Schwachen helfen.
5. Für Verbraucher soll die Mehrwertsteuer für Energie (Strom, Gas, Heizöl, Fernwärme, Kohle) befristet gesenkt werden.
6. Die Preissteigerung bei Nahrungsmitteln trifft in erster Linie ärmere Haushalte. Die Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel soll daher für einen begrenzten Zeitraum deutlich reduziert werden.
7. Zudem muss die Mindestlohnkommission die Inflation bei der Festlegung des Mindestlohns berücksichtigen.
8. Um den Sparern die eigene Altersvorsorge zu erleichtern, soll der Sparer-Pauschbetrag von bislang 801 Euro auf 1.200 Euro erhöht werden.
9. Als Ausgleich für steigende Spritpreise soll die steuerliche Entfernungspauschale für jeden vollen Kilometer auf 0,38 Euro erhöht werden.
10. Die starke Nachfrage nach Grundstücken, Häusern und Eigentumswohnungen lässt die Immobilienpreise in Deutschland rasant steigen. Um diese nachteilige Entwicklung zu beenden, soll der Erwerb von Wohnimmobilien durch Käufer aus EU-Drittstaaten, deren Hauptwohnsitz im Ausland liegt, über eine Erhöhung der Grunderwerbsteuer auf 20 Prozent erschwert werden. Im Gegenzug soll die Grunderwerbsteuer auf selbstgenutzte Wohnimmobilien ersatzlos gestrichen werden.



Die Geldpolitik der EZB zerstört durch Arbeit erworbene materielle und finanzielle Werte und gefährdet Wohlstand und soziale Sicherheit. Sie schädigt auf Dauer die Mittelschicht, die Rentner, die Familien und die sozial schwächsten Menschen unserer Gesellschaft. Vernichtete die Nullzinspolitik der EZB bereits in den vergangenen Jahren Milliarden an Sparguthaben der Normal- und Geringverdiener, so sind sie es auch jetzt, die von den Folgen der Inflation am stärksten betroffen sind.

Die Vermögen der Wohlhabenden sind zumeist so angelegt, dass sie vor der Inflation weitgehend geschützt sind. Unter der Geldentwertung leiden daher in erster Linie der Mittelstand und ärmere Menschen. Neben der Geldmengenausweitung haben auch die Corona-Politik der Bundesregierung, die Störung der Lieferketten und die Steuerpolitik negative Einflüsse auf die unmittelbare Preisentwicklung. Die horrenden Energiesteuern, die EEG-Umlage und die CO₂-Steuer verstärken diese Effekte noch.

Regierungen in der EU sorgen selbst für steigende Verbraucherpreise

Zurzeit versuchen die Regierungen in der EU davon abzulenken, dass sie mit ihrer Geldpolitik die Preisinflation selbst verursacht haben. So heißt es, der Krieg in der Ukraine verursache die steigende Inflation.

Diese Behauptung ist nachweisbar falsch: Die Teuerung war bereits vor Ausbruch des Krieges auf über fünf Prozent gestiegen. Hier spielt das Anleihekaufprogramm der EZB eine fatale Rolle: Denn kauft die EZB beispielsweise für eine Milliarde Euro Staatsanleihen auf, die am normalen Anleihenmarkt nicht abgesetzt werden konnten, steigert sie damit die Geldmenge des Euro um genau eine Milliarde. In der Folge „jagt“ die höhere Geldmenge eine unveränderte oder

durch Lieferengpässe sogar reduzierte Gütermenge. Dies hat zur Folge, dass die Preise steigen, die Reichen reicher werden und die überwiegende Mehrzahl der Menschen ärmer.

Seit Amtsantritt der ersten Regierung Merkel 2005 hat sich die Geldmenge über den Geldschöpfungsmechanismus der EZB von rund sieben Billionen Euro auf über 14,5 Billionen Euro mehr als verdoppelt. Auch deshalb blicken wir heute auf die wohl stärkste Ungleichverteilung von Vermögen in der Geschichte der Bundesrepublik: Die oberen zehn Prozent der Bevölkerung halten rund 67 Prozent der Vermögenswerte – die unteren 50 Prozent dagegen nur rund fünf Prozent.

Die daraus resultierenden sozialen Verwerfungen führen dazu, dass sich einige Parteien immer weiter von den Prinzipien der Marktwirtschaft entfernen: Ideen, die den Grundzügen einer staatlichen Lenkungswirtschaft entsprechen, erfreuen sich im Gewand grüner Politik ebenso neuer Beliebtheit wie weitreichende Umverteilungsphantasien. Dabei wird die Öffentlichkeit gezielt im Unklaren darüber gelassen, dass es die Regierungen und die von ihnen zunehmend kontrollierten Zentralbanken selbst sind, die mit ihrer Geldmengenflut für steigende Verbraucherpreise sorgen.

Das Kernproblem ist also nicht nur bei den Regierungen, sondern vor allem bei der EZB zu suchen: Das vorrangige Ziel einer seriösen Zentralbank muss darin bestehen, stabile Preise sicherzustellen. Die EZB ist diesem Ziel zwar im EU-Vertrag ausdrücklich verpflichtet, hat aber schon vor langer Zeit aufgehört, geeignete Maßnahmen zu ergreifen. Im Gegenteil: Sie betreibt systematisch eine unverantwortliche, inflatorische Geldpolitik. Will man künftig die Kaufkraft der Bürger sicherstellen und einem weiteren sozialen Abstieg der Mittelschicht, der Rentner und Geringverdiener entgegenwirken, wird es wohl keine andere Wahl geben, als zur stabilsten Währung zurückzukehren, die Deutschland je hatte: der D-Mark.



In Duisburger Stadtteil Hamborn fallen am 4. Mai 2022 Schüsse. Am helllichten Tag gehen rund hundert Männer aus dem türkisch-arabischen Clan-Milieu aufeinander los. Vier Personen bleiben verletzt zurück, zwei davon schwer. Wenige Tage zuvor waren auf einem Volksfest in Berlin-Neukölln mehrere Männer aus dem Umfeld arabischer Clans aneinandergeraten. Einer der Männer zieht eine Schusswaffe, wird mit einem Messer attackiert, bricht schwerverletzt zusammen und stirbt kurz darauf in einem Krankenhaus.

Vor dem Krankenhaus kommt es zu tumultartigen Szenen, als sich 150 bis 200 Angehörige des Opfers versammelten. Bereits dessen älterer Bruder, ein Schwerkrimineller, ebenfalls aus dem Clan-Milieu, wurde am 9. September 2018 ermordet. Inmitten zahlreicher Ausflügler wurde er seinerzeit im Beisein von Frau und Kindern auf offener Straße mit Schüssen in den Oberkörper getötet.

Nur zwei Fälle von vielen, an denen die dramatische Entwicklung türkischer und arabischer Clankriminalität in Deutschland deutlich wird.

Die Bundestagsfraktion der AfD nimmt schon seit Jahren diese immer größer werdende Problematik in ihren Fokus und hat eine Reihe von Anträgen mit wegweisenden Vorschlägen zur Bekämpfung des sich in Deutschland ausbreitenden Clan-Unwesens in den Bundestag eingebracht. Denn Clankriminalität ist nicht nur eine ernstzunehmende Gefahr für Leib, Leben und Eigentum der Bürger in Deutschland, sie entwickelt sich in einigen Regionen zunehmend zu einem unkontrollierbaren Staat im Staate und gefährdet dadurch den inneren Zusammenhalt der Gesellschaft weit über ihren unmittelbaren Einflussbereich hinaus.

Eine Besonderheit dieser importierten Kriminalität ist die Begehung von Straftaten durch Angehörige abgeschotteter Subkulturen, die häufig von verwandtschaftlichen Beziehungen geprägt sind, wodurch die Tatbegehung gefördert und die Aufklärung von Taten erschwert wird. Das Resultat sind Parallelgesellschaften mit einer eigenen Werteordnung und der prinzipiellen Ablehnung der deutschen Rechtsordnung, sodass mitten in unseren Großstädten faktisch rechtsfreie Räume entstanden sind.

Der jüngste Antrag der AfD-Fraktion – „Clankriminalität effektiv bekämpfen – Bürger und Rechtsstaat schützen“ (Drucksache 20/1743) – macht eine Reihe von konkreten Vorschlägen zur Kriminalitätsbekämpfung, damit endlich Licht in die undurchsichtigen Strukturen dieser kriminellen Familien- und Verwandtschaftsverhältnisse gebracht wird.



UNHEILVOLL

„Willkommenskultur“ für kriminelle Clans: D

das er durch ungeregelte Massenein

Dazu bedarf es eines jährlich aktualisierten Bundeslagebildes zur Clankriminalität mit Angaben über die Anzahl der Clans, ihr Personenpotenzial, ihrer Herkunft und den Staatsangehörigkeiten ihre Mitglieder sowie ihre kriminellen Hauptbetätigungsfelder.

Ebenso sollte illegaler Waffenbesitz sowie die Verflechtungen von Clans in das private Sicherheitsgewerbe, in die Rockerszene sowie in die Schleuserkriminalität erfasst werden. Immobilien müssen beschlagnahmt werden, wenn ihr Erwerb mit Geldern aus Straftaten finanziert wurde; diesbezügliche Geldwäscheaktivitäten müssen durch spezialisierte Polizeieinheiten verfolgt und aufgeklärt werden. Es bedarf hierzu einer „Null-Toleranz-Politik“ gegenüber kriminellen Clans. Gesetzliche Regelungen zur Verhinderung der Einbürgerung sowie einer erleichterten Abschiebung müssen geschaffen und konsequent vollzogen werden.

Letztlich werden durch die notwendig gewordenen polizeilichen Maßnahmen aber nur die Symptome der unkontrollierten Masseneinwanderung bekämpft, die durch die Asylpolitik der etablierten Politik verursacht wurde. Die türkische und arabische Clankriminalität

wurzelt in der Asylzuwanderung der letzten Jahrzehnte. Die Anführer der Clans kamen vor allem in den achtziger Jahren als Asylbewerber aus dem Libanon nach Deutschland, allmählich übernehmen ihre Söhne, die meistens bereits die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, die Führung.

E FAMILIEN

Der deutsche Staat bekämpft ein Problem, Einwanderung selbst erschaffen hat.

Durch die millionenfache Masseneinwanderung insbesondere seit 2015 aus den Herkunftsgebieten der kriminellen Clans im Nahen Osten steht den bestehenden türkischen und arabischen kriminellen Clans ein nahezu unbeschränktes Rekrutierungspotenzial zur Verfügung, da sich in den Asylunterkünften vor allem junge Männer befinden, die sich zu einem großen Teil kaum erfolgreich integrieren lassen. Manche Asylbewerber von heute sind möglicherweise die Clankriminellen von morgen. Hinweise dafür sind zahlreich.

Die Bundestagsfraktion der AfD weist seit langem eindringlich auf den Zusammenhang zwischen der unkontrollierten Masseneinwanderung durch den Missbrauch des deutschen Asylrechts und der rasant wachsenden Kriminalität türkischer und arabischer Clans hin. In den letzten Jahren werden zusätzlich auch albanische, tschetschenische und nigerianische Clans verstärkt in Deutschland aktiv. Die etablierte Politik weigert sich bislang aber, diesen Zusammenhang zu benennen und die deutsche Asylpolitik zu ändern. Deutschland hat sich daher zu einem Tummelplatz für zahlreiche kriminelle Clans entwickelt. Dieser Entwicklung stellt sich im Deutschen Bundestag nur die AfD-Fraktion entschlossen entgegen.



HIER SCANNEN I BT-Drs. 19/29775

Ausmaß der Gefahr durch Clans zügig deutschlandweit erfassen – Bundeslagebild Clankriminalität erstellen und veröffentlichen: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/297/1929775.pdf>



HIER SCANNEN I BT-Drs. 19/11121

Konsequentes Vorgehen gegen kriminelle Clanfamilien zum Schutz von Bürgern und Rechtsstaat: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/111/1911121.pdf>



HIER SCANNEN I BT-Drs. 19/29771

Ermittlung des Dunkelfeldes der durch Mitglieder der Organisierten Kriminalität und des religiösen sowie politischen Extremismus ausgeübten Repressalien gegen Polizei- und Justizbeamte in Deutschland: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/297/1929771.pdf>

SIEG GEGEN DIE IMPFPFLICHT

Der AfD-Bundestagsfraktion gelang mit dem Scheitern der allgemeinen Covid-19-Impfpflicht ein großer parlamentarischer Erfolg

Schon zu Beginn der Pandemie wurde ein noch zu entwickelnder Impfstoff gegen Covid-19 als mehr oder weniger einzige Chance propagiert, das grassierende Virus wirkungsvoll zu bekämpfen. Vorbehalte gegen die neuartigen mRNA-Impfungen wurden beiseitegeschoben.

Bundeschancellor Angela Merkel erklärte im Februar 2021 auf dem G7-Gipfel, dass die Pandemie erst besiegt sei, wenn alle Menschen auf der Welt geimpft sind. Eine entsprechende Impfpflicht wurde zunächst quer durch alle politischen Lager kate-

gorisch ausgeschlossen. Dies änderte sich schlagartig nach der Bundestagswahl im Herbst 2021. Vor allem aus den Reihen der Ampelkoalition heraus wurde nun die Impfpflicht gefordert und an den gesetzlichen Voraussetzungen gearbeitet.

Als Begründung für die schroffe 180-Grad-Wende verwies man auf eine angebliche neue Bedrohungslage durch die Omikron-Variante des Corona-Virus. Diese breitet sich zwar tatsächlich schneller aus, doch sehr bald wurde offensichtlich, dass sie viel seltener schwerwiegende Verläufe verursacht. Dennoch wurde in der öffentlichen Diskussion starker Druck auf Menschen ausgeübt, die nicht gegen Covid-19 geimpft waren. So wurden sie aufgefordert, ihre Grundrechte zugunsten einer angeblich notwendigen gesellschaftlichen Solidarität aufzugeben.

Diese Kampagne der Diskriminierung von Menschen mit einer eigenen Meinung zur Impfung gegen Covid-19 drückte sich unter anderem in dem diffamierenden Begriff einer „Pandemie der Ungeimpften“ aus. Aus dieser Stimmungslage heraus startete das Regierungsprojekt einer allgemeinen Impfpflicht. Gleichzeitig wurde aber nicht nur der milde Verlauf der Omikron-Variante immer deutlicher, es zeigte sich auch die Ineffizienz aller verfügbaren Impfstoffe gegen diese Virusvariante, womit die Begründung einer Impfpflicht in sich zusammenbrach. Zugleich gingen Hunderttausende Bürger auf die Straße, um friedlich gegen die Einschränkung



CHT



Bildquelle: stock.adobe.com / © djvstock

ihrer Bürgerrechte bis hin zu ihrem Recht auf körperliche Unversehrtheit zu protestieren.

Angesichts dieses außerparlamentarischen Widerstandes und einer entschlossenen AfD-Bundesfraktion, die ihre Haltung klar und deutlich vertrat, wurde der Regierungsentwurf fortlaufend abgemildert: Ging es zunächst um eine allgemeine Impfpflicht ab 18, stritten die Regierungsfaktionen danach für eine ab 50, schließlich für eine verpflichtende Impfung ab 60. Der Bürger kannte sich kaum noch aus, die Vorschläge änderten sich täglich. Da als Gewissensentscheidung gewertet, hoben die Fraktionen der FDP, der Grünen und der SPD für ihre Abgeordneten bei der Abstimmung zur Impfpflicht den Fraktionszwang auf.

Zur Abstimmung standen mehrere Anträge. Allein die Koalitionsfraktion stellte drei verschiedene Gruppeninitiativen. Ein Gesetzentwurf sollte eine unmittelbare Impfpflicht für alle Volljährigen rechtlich verankern. Der andere Gesetzentwurf sah eine Pflicht zur Impfung für Menschen ab 50 Jahren unter dem Vorbehalt einer vermeintlich pandemiebedingten Notwendigkeit vor. Ein weiterer Antrag aus den Reihen der Koalition verzichtete auf eine allgemeine Impfpflicht, verbunden mit dem Anliegen, die Impfkampagne weiter auszubauen.

Der Antrag der Unionsfraktion forderte von der Bundesregierung ein Impfvorsorgegesetz, das sich auf ein Impfregister, eine Impf-

kampagne und einen Impfmechanismus stützen sollte, bei dem – je nach pandemischer Lage – für bestimmte gesellschaftliche Alters- oder Berufsgruppen eine situationsbedingte Impfpflicht geplant war. Einzig der Antrag der AfD-Fraktion forderte die Bundesregierung ohne weitere Bedingungen auf, von der Einführung einer gesetzlichen Impfpflicht Abstand zu nehmen und zugleich die einrichtungsbezogene Impfpflicht im Gesundheitswesen aufzuheben (Drucksache 20/699).



Erwartungsgemäß wurden die Anträge der Opposition abgelehnt. Doch sensationellerweise scheiterten in der Abstimmung auch die Initiativen der Regierungskoalition; sie kamen nicht einmal in die Nähe einer einfachen Mehrheit. Damit waren sowohl das Impfregister als auch die allgemeine Impfpflicht gescheitert. Die Erleichterung darüber konnte man an dem spontan aufbrandenden Applaus der AfD-Bundestagsfraktion erkennen. Für Millionen Bürger war es der krönende Erfolg eines kräftezehrenden, politischen Kampfes.

Die Abgeordneten der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hatten ihre Argumente gegen eine Impfpflicht nicht nur im Plenum, sondern auch in den öffentlichen Anhörungen des Gesundheitsausschusses gesetzt. Sie ermöglichten durch die Befragung der geladenen Sachverständigen vor allem in öffentlichen Anhörungen, dass die wissenschaftlichen Fakten, die gegen eine Impfpflicht sprechen, herausgearbeitet werden konnten. Dabei wurden vor allem die geringe Bedrohungslage durch die Krankheit, die dürftige Wirksamkeit der Covid-19-Impfstoffe, deren erhebliche Nebenwirkungen und die daraus resultierende Unverhältnismäßigkeit einer Impfpflicht hervorgehoben.

Die AfD-Fraktion vertrat als einzige Fraktion im Bundestag konsequent und geschlossen den Widerstand vieler Bürger und gesellschaftlicher Institutionen.



Bildquelle: stock.adobe.com / © AJay

HIER SCANNEN I BT-Drs. 20/1347

Der unmögliche Krieg

Die AfD-Fraktion hat ein Positionspapier für einen nachhaltigen Frieden vorgelegt

In der Ukraine rollen Panzer, kämpfen Soldaten, leidet die Bevölkerung. Kein Europäer, der von dem Geschehen nicht zutiefst berührt ist. Die AfD-Bundestagsfraktion hat ihre Haltung in einem Positionspapier zum Ausdruck gebracht.

Auch wenn es angesichts der Kriegsereignisse schwerfällt, nicht von Gefühlen überwältigt zu werden, so ist es doch notwendig, Sachverhalte klar und nüchtern zu analysieren und Lösungen zu finden. Völkerrechtlich gesehen ist die Beurteilung eindeutig: Die russische Aggression ist eine Verletzung der Charta der Vereinten Nationen nach Artikel 2, Absatz 4 (Gewaltverbot) und nach Artikel 2, Absatz 7 (Interventionsverbot). Eine Fortführung des Krieges ist aus humanitärer und völkerrechtlicher Sicht abzulehnen und bringt die Gefahr einer Eskalation mit sich.

Wie in jedem Krieg leidet auch in den aktuellen Kampfhandlungen im Osten Europas die Zivilbevölkerung am stärksten. Auch deshalb fordert die AfD-Bundestagsfraktion vom russischen Präsidenten ein sofortiges Ende der Kampfhandlungen und setzt sich mit Nachdruck für einen sofortigen Waffenstillstand sowie für die Entsendung einer Friedenstruppe der Vereinten Nationen und der OSZE in die Ukraine ein.

Insbesondere Staaten wie die Republik Moldau, der ärmste Staat in Europa, oder Polen und Ungarn haben sehr viele ukrainische Kriegsflüchtlinge aufgenommen. Deutschland unterstützt nicht nur die Anrainerstaaten, sondern auch die vor Ort tätigen Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz. Die AfD-Bundestagsfraktion ist für die temporäre Aufnahme von ukrainischen Kriegsflüchtlingen, sofern es sich um ukrainische Staatsbürger handelt. Aus der Ukraine fliehen überwiegend Frauen und Kinder, Männer sind zum Kriegsdienst verpflichtet und haben ein Ausreiseverbot. Die zuständigen Behörden in Deutschland sind aufzufordern, ukrainische Flüchtlinge bei ihrer Ankunft in Deutschland konsequent zu registrieren, wie die AfD-Fraktion in einem Antrag gefordert hat (Drucksache 20/1347).

Durch Wirtschaftssanktionen konnten politische Ziele bisher nur sehr selten erreicht werden. Ganz im Gegenteil – oftmals führten Wirtschaftssanktionen zur Verhärtung der Lage, einem unnachgiebigen außenpolitischen Kurs des mit Sanktionen belegten Staates und zu einer Solidarisierung der Bevölkerung dieses Staates mit ihrer politischen Führung. Noch keine der in den letzten Jahren gegen Russland ausgesprochenen Boykottmaßnahmen zeigte

die gewünschte Wirkung, stattdessen schaden die Wirtschaftssanktionen Deutschland in erheblichem Maße. Wir schlagen die Verhängung von personenbezogenen Sanktionen gegen die Verantwortlichen in Russland vor – diese Maßnahmen sind effektiv, haben keine nachteiligen humanitären Auswirkungen und schützen die deutsche Wirtschaft.

Es kommt darauf an, den Konflikt einzudämmen und zu isolieren. Ein Beitritt der Ukraine zur NATO oder der EU würde Beistandspflichten nach sich ziehen, wie sie im Artikel 5 des NATO-Beistandsvertrages und Artikel 42 Absatz 7 des EU-Vertrags beschrieben werden. Das wäre der Weg in eine militärische Eskalation mit Russland mit unabsehbaren Folgen. Daher sind sowohl ein NATO- als auch ein EU-Beitritt der Ukraine auf absehbare Zeit nicht möglich.

Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete zu liefern, ist grundsätzlich abzulehnen, da dies nicht zu einer Befriedung der Konflikte beiträgt. Wie verhält sich Deutschland, wenn Waffenlieferungen über Polen in die Ukraine auf polnischem Gebiet angegriffen oder wenn Militärangehörige von NATO-Staaten als Ausbilder in der Ukraine in Kampfhandlungen verwickelt werden? Russland hat bereits angekündigt, NATO-Waffenlieferungen zu bombardieren. Entscheidungen über die Art und den Umfang einer deutschen Unterstützung der Ukraine müssen dem Bundestag daher in namentlicher Abstimmung vorbehalten bleiben.

Die Energiewende der etablierten Parteien mit einem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohle und Kernkraft hat uns abhängig und verwundbar gemacht. Kurz- und mittelfristig ist diese Abhängigkeit nicht zu beenden, auch nicht durch kostenintensive Ersatzlieferungen aus dem Nahen Osten oder den USA. Wir halten an der Gaspipeline Nord Stream 2 fest, da diese Erdgasleitung ein wesentlicher Beitrag zu einer verlässlichen, sicheren und günstigen

Energieversorgung Deutschlands ist. Wir fordern den Wiedereinstieg in die Kernenergie und den Weiterbetrieb moderner Kohlekraftwerke.

Konflikte können nachhaltig letztlich nur durch Ausgleich gelöst werden. Dazu bedarf es eines ehrlichen Mittlers. Würde Deutschland diese Rolle annehmen, könnte unser Land tatsächlich etwas zum Frieden in Europa beitragen. Eine exaltierte Kriegsrhetorik stiftet nur Unfrieden, gerade auch im eigenen Land. Das zeigen die zahlreichen Diskriminierungen russischsprachiger Mitbürger in Deutschland; es kommt zu Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Morddrohungen und Übergriffen. Deshalb forderte die AfD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, hier Beistand zu leisten und den Verunglimpfungen entschieden entgegenzutreten.

Das Positionspapier der AfD-Fraktion zum Ukraine-Krieg finden Sie auf unserer Internetseite.

<https://afdbundestag.de/positionspapier-ukraine-krieg>





Der Weg aus der Dauerkrise

Die AfD-Fraktion fordert ein „Fitnessprogramm“ für die deutsche Wirtschaft, um unseren Wohlstand zu sichern

Bereits lange bevor die drastischen Folgen des Corona-Lockdowns und des Krieges in der Ukraine sichtbar wurden, zeigte der Arbeitskreis Wirtschaft unserer Fraktion auf, wie unser Wohlstand gesichert werden kann. Jetzt muss das Programm umgesetzt werden.

Die deutsche Wirtschaft steht unter Dauerstress. Seit mehr als zwei Jahren kämpfen Bürger und Unternehmen mit den Folgen der Corona-Lockdown-Politik. Betriebe durften nicht arbeiten, Lieferketten wurden unterbrochen, Warenströme gerieten ins Stocken, das Eigenkapital ging zur Neige. Und nun führt der Ukraine-Krieg zu weiteren Verwerfungen.

Hatte die Wirtschaft mit dem Frühling auf Erholung gehofft, sieht sie sich nun mit den größten Herausforderungen seit der Wiedervereinigung konfrontiert. Die Versorgung mit Öl, Gas und Kohle wird in Frage gestellt, unsere Energiesicherheit ist bedroht, Preise explodieren, die Lebenshaltungskosten steigen ohne absehbares Ende.

Nur eine starke Volkswirtschaft kann diese Belastungen verkraften. Und da liegt das Problem: Die Politik

der vergangenen Jahre hat dem Standort Deutschland massiv geschadet. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat immer wieder gewarnt, dass die Kosten der ideologisch gewollten, aber nicht funktionierenden und milliardenteuren „Energiewende“, die Negativzinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB), die immer weiter steigende Abgabenlast und eine ausufernde Bürokratie unsere Wirtschaft schwächen und unseren Wohlstand bedrohen.

Schon vor Corona und dem Ukraine-Krieg haben die Regierungen unter Kanzlerin Merkel und Kanzler Scholz unser Land schlecht aufgestellt. Jetzt im Dauerkrisenmodus sind die Folgen umso dramatischer. Ob beim Tanken, an der Supermarktkasse, bei der Strom-, Heiz- oder Nebenkostenabrechnung, bei jedem Auftrag und jeder Dienstleistung: Alles wird teurer, die Preise gehen durch die Decke, der Druck auf Haushalte und Unternehmen wächst.

Es droht eine wirtschaftliche Stagnation mit hoher Inflation. Ohne kluge Maßnahmen könnte Deutschland in die sogenannte Stagflationsfalle geraten, eine schrumpfende Wirtschaft bei gleichzeitig galoppierender Geldentwertung, aus der man nur schwer

wieder herauskommt. Was also tun in einer solchen Situation? Die EZB muss dringend die Zinswende einleiten, um die Inflation zu bekämpfen, bevor sich die Lohn-Preis-Spirale in Gang setzt. Und die Regierung muss alles in die Wege leiten, um die wirtschaftlichen Triebkräfte wieder in Gang zu setzen.

Seit Jahren fordert die AfD-Fraktion ein „Fitnessprogramm“ für Deutschland, das sie bereits vorgelegt hat und das nur umgesetzt werden muss. Unternehmen brauchen mehr Freiraum, weniger Abgaben und eine sichere, bezahlbare Energieversorgung. Es fehlt an moderner Infrastruktur und an Innovationen. Es ist unsere Aufgabe als verantwortungsbewusste Opposition, die Regierung in diese, in die richtige Richtung voranzutreiben – mit Anträgen und Gesetzesinitiativen.

So haben wir schon vor der sich jetzt erneut verschärfenden Sprit- und Energiekostenkrise einen Gesetzesantrag erarbeitet (Drucksache 20/707), damit die Kraftstoffpreise sinken. Eine Verringerung der Mehrwertsteuer auf Kraftstoffe bedeutet zwar weniger Einnahmen für den Staat, aber diese Mindereinnahmen können durch die Streichung milliardenschwerer und völlig unsinniger Ausgaben ausgeglichen werden. So haben wir in die Beratungen zum aktuellen Haushaltsgesetz Änderungsanträge mit einem Einsparvolumen in Milliardenhöhe eingebracht.

Die AfD-Fraktion will die gigantischen Subventionen für E-Mobilität streichen, die nach den Plänen der Ampel-Koalition nochmals von 1,6 Milliarden Euro auf fünf Milliarden Euro erhöht werden sollen. Wir sind technologieoffen. Die Autoindustrie soll selbst entscheiden, welchen Weg sie – ohne Subventionen – für richtig hält. Die vom Steuerzahler finanzierte „Transformation“ zu einer naiven „Zappelstrom“-Wirtschaft wollen wir beenden. Gerade jetzt zeigt sich doch, wie dringend wir eine preisgünstige und sichere Energieversorgung brauchen. Deshalb soll der ebenso teure wie nutzlose Klimafonds abgeschafft werden. Und wozu müssen wir eigentlich 600 Millionen Euro im Jahr für Biodiversität im Ausland ausgeben? Als hätten wir bei uns nicht genug zu tun.

In der Energiefrage müssen wir endlich dem Beispiel folgen, das uns unsere Nachbarländer geben: Sie

verstehen die Kernkraft als eine wichtige Brückentechnologie. Die AfD-Bundestagsfraktion fordert die Verlängerung der Laufzeiten der drei modernen Kernkraftwerke, die in Deutschland noch in Betrieb sind, und auch die Wiederinbetriebnahme der drei zum Jahresende vom Netz genommenen, aber noch nicht abgeschalteten Meiler. Experten signalisieren bereits, dass das ohne Weiteres machbar sei.

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag bringt Vernunft und Realitätssinn zurück in die Politik. Wir wollen unsinnige Ausgaben streichen und dadurch niedrigere Steuern und Abgaben ermöglichen, damit Bürgern und Unternehmen mehr vom selbst erwirtschafteten Geld zur Verfügung steht. Gerade die Energiekosten müssen gesenkt werden, denn sie sind der entscheidende Faktor, der die Inflation vorantreibt. Deswegen wollen wir die CO₂-Abgabe abschaffen, die Umsatzsteuer auf Strom, Sprit und Heizkosten senken und auch die Energiesteuer auf das EU-Minimum reduzieren.

Wir wollen den Unternehmen, die unter den wirtschaftlichen Folgen der Maßnahmen der Regierung zur Eindämmung der Coronapandemie leiden, mehr Liquidität verschaffen, um wieder durchstarten zu können. Die Möglichkeit zur steuerlichen Verlustverrechnung mit erfolgreichen Vorjahren soll daher verbessert werden. Das schafft schnelle Hilfe zur Selbsthilfe.

Unsere Bürger und Unternehmen brauchen spürbare und dauerhafte Entlastungen, weniger staatliche Vorgaben und mehr Handlungsspielraum. Nur wer Entlastung schafft, kann die Kräfte des Marktes mobilisieren, um die Zukunft zu gewinnen. Die AfD-Bundestagsfraktion will mehr Wohlstand für alle. Dies erreichen wir mit unserem wirtschaftlichen „Fitnessprogramm für Deutschland“.



Bildquelle: stock.adobe.com / © Irina Strelnikova



Rettet die Alte

**Das deutsche Rentensystem leidet unter der schweren demografischen
Die AfD-Fraktion hat ein Sofortprogramm vorgelegt**

Nach Jahrzehnten der Untätigkeit steht das System der gesetzlichen Rentenversicherung vor dem größten Reformstau seit 1957. Bereits jetzt ist das Niveau der gesetzlichen Rente unter fünfzig Prozent gerutscht, betriebliche und private Altersvorsorgen leiden unter steigender Inflation und Negativzinsen. Das sind überaus gefährliche Entwicklungen in einer Volkswirtschaft, die seit Jahren nur noch geringe Produktivzuwächse erzielt. Wie ist mit dieser existenziellen Bedrohung umzugehen? Das Rezept der anderen Fraktionen heißt – mehr Einwanderung!

Doch eine Einwanderung, die sich nicht am Bedarf einer hochqualifizierten Industrie- und Wissensgesellschaft orientiert, ist ein Irrweg. Sie belastet nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch die Sozialsysteme. Wir müssen unsere Probleme mit der Rentenversicherung auf andere Weise lösen. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hat einen Plan vorgelegt, wie die Alterssicherung schrittweise zu reformieren ist. Die gesetzliche Rente bleibt dabei die Basis, zugleich erleichtern wir auch die eigenverantwortliche Altersvorsorge.

Bei der gesetzlichen Rentenversicherung sind zwei Sofortmaßnahmen überfällig: Zum einen sind die versicherungsfremden Leistungen künftig vollständig aus Steuermitteln zu finanzieren. In Zukunft muss der Bund diese Leistungen von derzeit über 37 Milliarden Euro im Jahr vollständig ausgleichen. Zum anderen muss die Rente auch in Krisensituationen jederzeit gezahlt werden können. Dazu ist die Nachhaltigkeitsrücklage sofort aufzustocken.

Mit uns gibt es keine Politikerprivilegien bei der Alterssicherung. Bundestagsabgeordnete treffen Entscheidungen für Millionen von Rentnern und Beitragszahlern, gönnen sich aber ein eigenes Pensionssystem. Künftig sollen diese wie die Arbeitnehmer in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Darüber hinaus stärken wir die eigenverantwortliche Altersvorsorge sowohl in einer privaten wie auch in der gesetzlichen Rentenversicherung, unter anderem durch bessere steuerliche Abzugsfähigkeit.

Die AfD-Fraktion steht für die Wahlfreiheit beim Renteneintritt. Wer 45 Beitragsjahre nachweisen kann, soll in jedem Fall ohne Abschläge in Rente gehen können. Als weitere Option für einen selbstbestimmten Übergang in die Altersrente sollen für alle Versicherten ab dem 63. Lebensjahr Teilrentenbezug und Teilzeitarbeit erleichtert werden. Eine „Doppelbesteuerung“ der Renten muss ausgeschlossen werden. Wir fordern als ersten Schritt die sofortige Erhöhung des steuerlichen Grundfreibetrages auf 12.600 Euro im Jahr.



erssicherung!

Krise ebenso wie unter der politischen Untätigkeit.

Eine seit fünfzig Jahren verfehlte Familienpolitik hat zur demografischen Krise beigetragen. Durch eine aktive Familienpolitik erleichtern wir Familiengründungen. Für jedes neu geborene Kind – mit deutscher Staatsangehörigkeit und tatsächlichem Lebensmittelpunkt in Deutschland – soll künftig der Staat bis zur Volljährigkeit Einzahlungen in Höhe von 100 Euro pro Monat in personenbezogene Kinder-Spardepots tätigen. Bei der Geburt eines Kindes soll eine Rückzahlung bereits entrichteter Rentenbeiträge in Höhe von 20.000 Euro bei gleichzeitigem Erhalt der Rentenanwartschaft möglich sein.

Um bei Selbstständigen eine mögliche spätere Abhängigkeit von der Grundsicherung im Alter zu verhindern, soll eine verpflichtende Altersvorsorge eingeführt werden. Neue Selbstständige und Gewerbetreibende werden dazu grundsätzlich in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen, können aber bei dem Nachweis einer angemessenen privaten oder berufsständischen Altersvorsorge austreten oder die Beitragszahlungen suspendieren (das sogenannte „Opting-Out“).

Wir brauchen weiterhin loyale Beamte als Rückgrat eines funktionierenden Staates. Allerdings müssen Bund und Länder für deren Ruhestand ausreichend Rücklagen bilden, damit die Bürger später nicht von den Kosten überrollt werden. Wir brauchen im ersten Schritt umfassende Klarheit über die Höhe der ungedeckten Versorgungszusagen. Im zweiten Schritt müssen Bund und Länder die Versorgungsrücklage und Versorgungsfonds aufstocken. Zukünftig soll die Verbeamtung auf rein hoheitliche Aufgaben wie die der Bundeswehr, Polizei, Finanzverwaltung und Justiz beschränkt werden. Auf diese Weise wird der größere Teil der künftigen Staatsbediensteten in die gesetzliche Rentenversicherung aufgenommen.

Ein mietfreies Wohnen im Alter bedeutet finanzielle Entlastung und verhindert eine Verdrängung aus dem

vertrauten Wohnumfeld. Angesichts der hohen Immobilienpreise ist die Finanzierung des Eigenheims für viele Bürger in unerreichbare Ferne gerückt. Deshalb soll die Baufinanzierung selbstgenutzten Wohneigentums erleichtert werden, zum Beispiel über die Abschaffung der Grunderwerbsteuer für Selbstnutzer sowie die Ausgabe eigenkapitalersetzender Darlehen. Mietgünstiges Wohnen und der Schutz vor Verdrängung werden auch durch das genossenschaftliche Wohneigentum ermöglicht. Daher wollen wir die Wohnungsbaugenossenschaften fördern, etwa über eine Bevorzugung bei der Baulandvergabe.

Das Eckpunktepapier der AfD-Bundestagsfraktion zur Alterssicherung finden Sie auf unserer Internetseite.

<https://afdbundestag.de/eckpunktepapier-alterssicherung/>





Im Gedenken an
Axel Gehrke
 1942-2021



Nachruf

Für Axel Gehrke war das Leben als Arzt und Wissenschaftler Berufung. Auf dem umfangreichen Gebiet der Inneren Medizin entfaltete Axel Gehrke eine reiche Tätigkeit. Neben dem Dienst am Patienten kamen leitende Funktionen wie beim Aufbau des ersten Deutschen Herzzentrums in München hinzu. Wichtige Forschungsimpulse verdankt ihm vor allem die Physikalische Medizin und Rehabilitation, die er an der Medizinischen Hochschule Hannover lehrte. Dort gründete er auch die erste Osteoporose-Ambulanz. Für seinen Berufsstand engagierte sich Axel Gehrke unter anderem als Mitglied des Präsidiums des Deutschen Ärztetages, im Bundesvorstand des Marburger Bundes und in verschiedenen Arbeitskreisen und Ausschüssen.

2013 trat Axel Gehrke in den Landesverband Schleswig-Holstein der Alternative für Deutschland ein. Vier Jahre später gelang ihm für diese der Einzug in den Deutschen Bundestag. Axel Gehrke erwarb sich aufgrund seiner freundlichen Verbindlichkeit im persönlichen Umgang, seiner Fachkenntnis, seiner beruflichen Erfahrung und der Fähigkeit, auch für komplexe fachliche Sachverhalte angemessene politische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen, über Fraktionsgrenzen hinweg Anerkennung.

Als Arzt, als Wissenschaftler und als gesundheitspolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion wies Axel Gehrke mit Nachdruck auf die Gefahren hin, die von nosokomialen Infektionen (Krankenhausinfektionen) ausgehen. Leicht ließen sich jedes Jahr Tausende von Menschenleben retten, würden in Krankenhäusern und anderen Gesundheitseinrichtungen wirksame Hygienestandards erarbeitet und vor allem auch konsequent umgesetzt, mahnte er in seiner letzten Rede im Deutschen Bundestag am 11. Juni 2021.

Prof. Dr. med. Axel Gehrke, geboren am 12. Januar 1942 in Arnswalde (Pommern), gestorben am 22. September 2021. Gründungsmitglied der AfD. Über die Landesliste der AfD in Schleswig-Holstein zog Axel Gehrke 2017 in den 19. Deutschen Bundestag ein; er gehörte der AfD-Fraktion an. Bis Oktober 2019 war Axel Gehrke ihr gesundheitspolitischer Sprecher und Obmann im Ausschuss für Gesundheit, sowie stellvertretendes Mitglied im Arbeitskreis Tourismus. Darüber hinaus war er Vorsitzender der Parlamentariergruppe der Anden-Staaten. Axel Gehrke blieb auch nach seiner Erkrankung dem Ausschuss wie den Arbeitskreisen als stellvertretendes Mitglied verbunden.

Auch nachdem ihn eine schwere Erkrankung im April 2019 zum weitgehenden Rückzug aus der Tagespolitik zwang, stand er der AfD-Bundestagsfraktion weiterhin engagiert mit fachlichem Rat zur Seite.

Am 22. September 2021 verstarb Axel Gehrke. Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag verliert mit ihm einen herausragenden Fachpolitiker und treuen Mitstreiter. Axel Gehrke hat sich um unsere Fraktion in besonderem Maße und auf einzigartige Weise verdient gemacht.

Wir werden Axel Gehrke stets ein ehrendes Andenken bewahren.



Im Gedenken an

Martin Hebner

1959-2021



Nachruf

Martin Hebner, ein erfolgreicher IT-Unternehmer, fand spät zur Politik. Obwohl er nur eine kurze Zeit als Abgeordneter im Deutschen Bundestag politisch tätig war, bewirkte er vieles, was bleiben wird. Sein zentrales Anliegen war, politische Prozesse, die für die Bürger nicht nachvollziehbar sind und die sie vor vollendete Tatsachen stellen, transparent und damit fasslich zu machen.

Nicht selten begründen Regierungen nationale Gesetze und Maßnahmen, internationale Verträge und Absprachen mit schicksalhaften Entwicklungen, unausweichlichen Abläufen und der sogenannten Macht des Faktischen. Wer genauer hinschaut, sieht hier aber nicht die Auswirkungen eines unabwendbaren Schicksals, sondern langfristiges und planmäßiges Vorgehen staatlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Eliten. So war und ist es weiterhin bei den großen Migrationsbewegungen der Gegenwart. Martin Hebner gelang es nachzuweisen, dass die Internationale Organisation für Migration bei den Vereinten Nationen (IOM) bei der gezielten Lenkung und Organisation von grenzüberschreitenden Massenwanderungen eine entscheidende Rolle spielt – sei es in den USA, sei es in Jordanien, in Bosnien oder zuletzt auf den griechischen Inseln Chios, Lesbos und Samos.

Martin Hebner folgte dem Leitsatz, dass der Staatsbürger wachsam sein und seine bürgerlichen Freiheiten verteidigen muss; wer den Regierenden blindlings vertraut, wird eines Tages in einer totalitären Gesellschaft aufwachen. Er arbeitete unermüdlich für eine Vernetzung freiheitlicher Kräfte in Europa und der Welt.

Stets freundlich, besonnen und verbindlich im persönlichen Umgang, kompetent und faktensicher in den Diskussionen, vermochte es Martin Hebner, die ihm wichtigen politischen Projekte parlamentarisch auf den richtigen Weg zu bringen. Seine Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit wurden weit über die Fraktion hinaus im Inland und Ausland wahrgenommen.

Im April 2020 erkrankte Martin Hebner schwer. Er verstarb am 7. Juli 2021. Wir trauern mit seiner Frau, seinen Kindern und Enkelkindern.

Die AfD-Bundestagsfraktion verliert mit Martin Hebner einen treuen Mitstreiter. Er hat sich um unsere Fraktion in besonderem Maße und auf einzigartige Weise verdient gemacht.

Wir werden Martin Hebner stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Martin Hebner, geboren am 10. November 1959 in Frankfurt am Main, gestorben am 7. Juli 2021 in Dießen am Ammersee. Gründungsmitglied der AfD. Über die bayerische Landesliste der AfD zog er 2017 in den 19. Deutschen Bundestag ein; er gehörte der AfD-Fraktion an. Diese vertrat er als ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und als stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss sowie im Ausschuss für Arbeit und Soziales.

Die Arbeitskreise der Fraktion

Fünfundzwanzig Arbeitskreise der AfD-Fraktion begleiten die fachlich entsprechenden Ausschüsse des Deutschen Bundestages

AK 1 – Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung Stephan Brandner (Sprecher) Thomas Seitz Andreas Bleck Fabian Jacobi	AK 2 – Petitionen Dirk Brandes (Sprecher) Gereon Bollmann Robert Farle Mike Moncsek Wolfgang Wiehle Kay-Uwe Ziegler	AK 3 – Außenpolitik Petr Bystron (Sprecher) Dr. Alexander Gauland Stefan Keuter Matthias Moosdorf Joachim Wundrak Tino Chrupalla Markus Frohnmaier Steffen Kotré Eugen Schmidt René Springer	AK 4 – Innenpolitik Dr. Gottfried Curio (Sprecher) Dr. Bernd Baumann Martin Hess Steffen Janich Dr. Christian Wirth Marcus Bühl Joana Cotar Marianna Harder-Kühnel Jochen Haug Corinna Miazga
AK 9 – Wirtschaft Leif-Erik Holm (Sprecher) Dr. Malte Kaufmann Enrico Komning Uwe Schulz Dr. Michael Espendiller Robert Farle Bernd Schattner Kay-Uwe Ziegler	AK 10 – Ernährung und Landwirtschaft Stephan Protschka (Sprecher) Peter Felser Frank Rinck Bernd Schattner Dietmar Friedhoff Steffen Janich Enrico Komning Uwe Schulz	AK 11 – Arbeit und Soziales René Springer (Sprecher) Gerrit Huy Norbert Kleinwächter Jürgen Pohl Ulrike Schielke-Ziesing Roger Beckamp Hannes Gnauck Sebastian Münzenmaier Tobias Matthias Peterka Jörg Schneider	AK 12 – Verteidigung Rüdiger Lucassen (Sprecher) Hannes Gnauck Jan Nolte Gerold Otten Peter Felser Dietmar Friedhoff Martin Hess Joachim Wundrak
AK 17 – Menschenrechte und humanitäre Hilfe Jürgen Braun (Sprecher) Martinichert Dietmar Friedhoff Frank Rinck	AK 18 – Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung Nicole Höchst (Sprecherin) Dr. Götz Frömming Dr. Marc Jongen Prof. Dr. Michael Kaufmann Norbert Kleinwächter Barbara Lenk Matthias Moosdorf Martin Reichardt	AK 19 – Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Markus Frohnmaier (Sprecher) Dietmar Friedhoff Edgar Naujok Dr. Malte Kaufmann Stefan Keuter Prof. Dr. Harald Weyel	AK 20 – Tourismus Sebastian Münzenmaier (Sprecher) Mike Moncsek Thomas Seitz Klaus Stöber



AK 5 – Sport
Jörn König (Sprecher)
Klaus Stöber
Andreas Bleck
Edgar Naujock

AK 13 – Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Martin Reichardt (Sprecher)
Gereon Bollmann
Thomas Ehrhorn
Marianna Harder-Kühnel
Kay Gottschalk
Nicole Höchst
Jan Wenzel Schmidt
Beatrix von Storch

AK 21 – Angelegenheiten der Europäischen Union
Prof. Dr. Harald Weyel (Sprecher)
Jochen Haug
Norbert Kleinwächter
Corinna Miazga
Peter Boehringer
Fabian Jacobi
Barbara Lenk
Matthias Moosdorf

AK 6 – Recht
Thomas Seitz (Sprecher)
Stephan Brandner
Fabian Jacobi
Tobias Matthias Peterka
Roger Beckamp
Jochen Haug
Corinna Miazga
Dr. Christian Wirth

AK 14 – Gesundheit
Martinichert (Sprecher)
Dr. Christina Baum
Thomas Dietz
Jörg Schneider
Kay-Uwe Ziegler
Jürgen Braun
Martin Reichardt
Carolin Bachmann
Frank Rinck
Robert Farle

AK 22 – Kultur und Medien
Dr. Marc Jongen (Sprecher)
Martin E. Renner
Joana Cotar
Dr. Götz Frömming

AK 7 – Finanzen
Kay Gottschalk (Sprecher)
Albrecht Glaser
Jörn König
Jan Wenzel Schmidt
Klaus Stöber
Robert Farle
Gerrit Huy
Marianna Harder-Kühnel
Martin Reichardt
Frank Rinck

AK 15 – Verkehr und Digitale Infrastruktur
Dr. Dirk Spaniel (Sprecher)
René Bochmann
Dirk Brandes
Wolfgang Wiehle
Thomas Ehrhorn
Dr. Rainer Kraft
Leif-Erik Holm
Mike Moncek

AK 23 – Digitale Agenda
Joana Cotar (Sprecherin)
Barbara Lenk
Eugen Schmidt
Beatrix von Storch
Nicole Höchst
Jörn König
Edgar Naujock
Wolfgang Wiehle

AK 8 – Haushalt
Peter Boehringer (Sprecher)
Marcus Bühl
Dr. Michael Ependiller
Ulrike Schielke-Ziesing
Wolfgang Wiehle
Dirk Brandes
Albrecht Glaser
Prof. Dr. Michael Kaufmann
Rüdiger Lucassen
Klaus Stöber

AK 16 – Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
Andreas Bleck (Sprecher)
Jürgen Braun
Thomas Ehrhorn
Dr. Rainer Kraft
Petr Bystron
Dr. Götz Frömming
Karsten Hilse
Jan Nolte

AK 24 – Bau, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen
Marc Bernhard (Sprecher)
Carolin Bachmann
Roger Beckamp
Sebastian Münzenmaier
René Bochmann
Stephan Brandner
Thomas Dietz
Stephan Protschka

AK 25 – Klimaschutz und Energie
Karsten Hilse (Sprecher)
Marc Bernhard
Steffen Kotré
Dr. Rainer Kraft
Carolin Bachmann
Dirk Brandes
Leif-Erik Holm
Dr. Dirk Spaniel

- ☐ ordentliche Mitglieder
- ☐ stellvertretende Mitglieder







www.afdbundestag.de

IMPRESSUM

Herausgeber:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Dr. Götz Frömming MdB, Parlamentarischer Geschäftsführer

Kontakt:
AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag
Bürgerbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 227 57141
Telefax: 030 227 56349
E-Mail: buenger@afdbundestag.de

Herstellung und Redaktion:
Pressestelle und Mediengestaltung

Bildnachweis: AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Stand: Juni 2022

Diese Veröffentlichung der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zweck der Parteiwerbung und/oder als Wahlwerbung im Wahlkampf verwendet werden.

SOCIAL-MEDIA-KANÄLE



twitter.com/AfDimBundestag



facebook.com/AfDimBundestag



youtube.com/AfDFraktionimBundestag



instagram/AfDimBundestag